

Landtag

21. Wahlperiode

Datum:

19. Mai 2026

Vorlagen ohne Aussprache

Von der Bürgerschaft (Landtag) in 34. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Vorlagen ohne Aussprache.

TOP	Vorlage	Behandlung
79.	Gesetz zur Zustimmung zum NOOTS-Staatsvertrag Mitteilung des Senats vom 18. März 2026 (Drucksache 21/1709)	Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt einstimmig das Gesetz in zweiter Lesung.
80.	Gesetz zum Erlass eines Bremischen Gesetzes über die Sicherheit in Justizgebäuden (BremJSG) Mitteilung des Senats vom 7. April 2026 (Drucksache 21/1725)	Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einstimmig dem Änderungsantrag zu. Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt einstimmig das Gesetz mit den beschlossenen Änderungen in zweiter Lesung.
	Gesetz zum Erlass eines Bremischen Gesetzes über die Sicherheit in Justizgebäuden (BremJSG) Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke vom 13. Mai 2026 (Drucksache 21/1790)	
81.	Drittes Gesetz zur Änderung des Bremischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes Mitteilung des Senats vom 1. Juli 2025 (Drucksache 21/1254)	Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung. Dafür: SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke, BA-Gruppe, FDP Dagegen: Abgeordneter Sven Lichtenfeld (fraktionslos) Stimmenthaltung: BÜNDNIS DEUTSCHLAND

86.	<p>Bericht über die Erfüllung der Sanierungsverpflichtungen nach dem Sanierungshilfengesetz – Sanierungshilfenbericht 2025 – Mitteilung des Senats vom 28. April 2026 (Drucksache 21/1776)</p>	<p>Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.</p>
87.	<p>Ermächtigung des Senators für Kinder und Bildung zur Unterzeichnung der Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung für Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Kindertagesbetreuung mit Mitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) Mitteilung des Senats vom 28. April 2026 (Drucksache 21/1777)</p>	<p>Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.</p>
88.	<p>Bericht Nr. 29-1 des Ausschusses für Petitionen Bericht und Dringlichkeitsantrag des staatlichen Ausschusses für Petitionen vom 11. Mai 2026 (Drucksache 21/1785)</p>	<p>Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt einstimmig die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen. Dafür: SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke, BÜNDNIS DEUTSCHLAND, FDP, BA-Gruppe</p>